

Interpellation betreffend Wohnraum für Flüchtlinge, Geringverdienende und Armutsbetroffene

Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Gemeinde Riehen im Rahmen der FiLa2 Verhandlungen mit dem Kanton verpflichtet hat, Wohnraum für anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge zu suchen und zur Verfügung zu stellen.

Ein sich zunehmend verschärfendes Problem zeigt sich in der aktuellen Not an bezahlbarem Wohnraum für Geringverdienende und andere Armutsbetroffene aufgrund der leider nur minimal möglichen, politischen Einflussnahme in der aktuellen Wohnungsnot. Die Marktlogik, der die Mehrheit des „politischen Riehens“ folgt, lässt nur wenig Spielraum zu Gunsten dieser Bevölkerungsgruppen offen.

Dass viele Betroffene von Langzeitarbeitslosigkeit, daraus folgender Sozialhilfeabhängigkeit und sogar Obdachlosigkeit längst nicht mehr dem Bild des sichtbaren „Randständigen“ entsprechen, ist noch nicht im Bewusstsein vieler Politikerinnen und Politiker angekommen.

Fehlender Schutz von Arbeitnehmenden im höheren Erwerbsalter und fehlende Mindeststandards bzgl. Arbeits- und Lohnbedingungen für 50% der Lohnabhängigen ohne Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz tragen dazu bei.

Statistisch erfassbar wird diese negative gesellschaftliche Entwicklung erst massiv zeitverzögert. Nach Ablauf der ALV-Taggelder, folgender Aussteuerung, bis zur Abhängigkeit von der Sozialhilfe, die erst nach Verzehrung aller persönlichen Reserven zum Tragen kommt. Verarmung erfolgt leise.

Der private Wohnungsmarkt ist für wenig Verdienende und Armutsbetroffene so ausgetrocknet, dass die Gefahr besteht, dass Gruppen von Armutsbetroffenen, z.B. Flüchtlinge und Personen ohne festen Wohnsitz gegeneinander ausgespielt werden. Die Gemeinde verfügt leider nur über wenig Wohnraum, den sie selber zuweisen kann. Es besteht die Gefahr, dass die Gemeinde zum Wohnen ungeeignete Angebote von privaten Liegenschaftsbesitzenden zu einem maximalen Ansatz der Sozialhilfe BS finanziert und damit vor allem private Profitinteressen befriedigen muss.

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt oder gab es Bemühungen der Gemeinde, eine Arbeitsgruppe mit Vertretenden von themennahen Organisationen (z.B. Verein Schwarzer Peter u.a.) einzurichten, die sich Gedanken dazu macht, wie es verhindert werden kann, dass Armutsbetroffene und Flüchtlinge in einem ausgetrockneten Wohnungsmarkt gegeneinander ausgespielt werden?
2. Wenn Ja, wie ist der Stand der AG? Wenn Nein, weshalb wurde davon abgesehen?
3. Welche Wohnmöglichkeiten für Armutsbetroffene und Flüchtlinge plant der Gemeinderat?
4. Ein Containerdorf wird vom Gemeinderat wegen fehlender geeigneter Parzelle abgelehnt. Ist der Gemeinderat tatsächlich überzeugt, dass sich im Gemeindegebiet keine Brachen finden lassen, die im Sinne einer Zwischennutzung für mobile Notwohnungen geeignet wären?
5. Schliesst der Gemeinderat die Zwischennutzung von Brachen durch mobile Wohneinheiten kategorisch aus? Wenn ja, weshalb?

Herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Regina Rahmen



An: 4+5	☒ Bearbeitung ☐ dir. Erledig. ☐ z. K.	Kop: 612
Bem. / Frist:		Vis: WA
	10. Feb. 2017	Gemeinde Riehen
FF:	☐ Bearbeitung ☐ dir. Erledig. ☐ z. K.	Kop:
Bem. / Frist:		Vis:
	Reg. Nr.: 14-18709.01	